

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 1

Artikel: Sozialismus und Volksdemokratie in Jugoslawien
Autor: Gyssling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336559>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

30. Jahrgang

Januar 1951

Heft 1

WALTER GYSSLING

Sozialismus und Volksdemokratie in Jugoslawien

Vorbemerkung

Vom Westen mit all dem Mißtrauen und der inneren Gegnerschaft betrachtet, welche die kapitalistische Welt jedem sozialistischen Land entgegenbringt, von Moskau und seinen Anhängern als «faschistisch» verschrieen, gibt das Jugoslawien von heute den Zeitgenossen, vor allem aber den Marxisten unter ihnen, manche Probleme auf. Ist es wirklich als teilweise oder vorwiegend sozialistisches Gebilde anzusprechen, entwickelt es sich in Richtung zum Sozialismus oder von ihm weg, ist seine Volksdemokratie nur die Fassade der mit militärischen und polizeilichen Mitteln geübten einseitigen Diktatur einer Partei oder ihres Führergremiums, oder ist sie doch mehr, bietet sie die Verwirklichung oder doch wenigstens Ansätze zu einer echten Arbeiter- und Bauerndemokratie, stellt sie vielleicht sogar einen reineren Typ der Demokratie dar als die durch die Vorherrschaft der Kapitalistenklasse verfälschten Demokratien der westlichen Welt? Die Umstrittenheit Jugoslawiens und seine Sonderstellung zwischen den beiden großen Blocks mußten dazu verlocken, seinem Wesen und Werden eingehender nachzuspüren. Bei dem Bemühen darum hat uns nicht nur das richtungweisende klassische Schrifttum des Marxismus zur Orientierung gedient und die offizielle, unter den Auspizien der Regierung in Belgrad publizierte Literatur, die hauptsächlich Reden Titos, Kardeljs, Pijades und anderer verantwortlicher jugoslawischer Staatsmänner, eine wichtige Erkenntnisquelle bildete auch die persönliche Inaugenscheinnahme der jugoslawischen Wirklichkeit im Verlauf einer kurzen, im Sommer 1950 durchgeführten Studienreise durch das Land und die stichprobenmäßige Überprüfung des Lebens seiner Arbeiterschaft an



Hand verschiedener Fabrikbesuche und Unterhaltungen mit den Werktätigen Jugoslawiens.

Kriterien des Sozialismus

Sind mit diesen Feststellungen die Probleme umrissen, der Geist, in dem sie angepackt werden, und die Quellen der Information über das Land gekennzeichnet, so erscheint uns noch eine kurze Abklärung der Begriffe Sozialismus und Demokratie angesichts der ihnen heute anhaftenden Vieldeutigkeit unumgänglich. Unter beiden versteht ja heute jeder, was er gerade will. Selbst Herr Hitler hatte es aus demagogischen Gründen für richtig empfunden, dem Namen seines blutig-erregenden Ausbeuter- und Unterdrückerregimes eine Art sozialistischen Anhängsels beizugeben, und Papst Pius XII. hat sich in seiner Weihnachtsbotschaft von 1944 des Ausdrucks «Volksdemokratie» bedient, welche er als «gute» Form der Demokratie der «bösen» Massendemokratie gegenüberstellte und mit der er offenkundig jene lammfromme, gottergebene Demokratie meinte, die sich mit den Privilegien der hohen Klerisei und den Grundsätzen einer katholisch-konservativen Gesellschaftsordnung vereinen läßt. In den Kreisen der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung wurde in Übereinstimmung mit der Begriffsanwendung durch die Klassiker des Marxismus unter sozialistischer Gesellschaftsordnung lange das Endziel der klassenlosen Gesellschaft verstanden, in welcher der Staat als Unterdrückungsapparat abgestorben ist und die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel wie der Produktion einen weitgehenden materiellen Wohlstand aller Mitglieder der Gesellschaft herbeigeführt hat. Stalin seinerseits hat dann in seiner Auseinandersetzung mit Trotzki über die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Lande jenem Endziel das Prädikat Kommunismus verliehen und als Sozialismus die Gesellschaftsordnung der Übergangszeit bezeichnet, in der nach der Machtergreifung des Proletariats und Verstaatlichung der wirtschaftlich entscheidenden Produktionsmittel durch die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte die Erreichung der kommunistischen Stufe vorbereitet wird. Da sich diese Abgrenzung des Begriffes Sozialismus entsprechend den theoretischen Problemstellungen, welche die heutige Zeit aufwirft, weitgehend eingebürgert hat, wollen wir sie der Formulierung jener Kriterien unterlegen, an denen wir die Frage untersuchen, ob Jugoslawien als sozialistisches Land anzusprechen ist oder nicht. Diese sind zu erblicken in der Machtergreifung der ausgebeuteten Volksmassen unter der Führung des Proletariats und in der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wenigstens an den wichtigsten.

Dagegen sind im Hinblick auf den Übergangscharakter des Sozialismus das Weiterbestehen verschiedener Bevölkerungsklassen und eines repressiven Staatsapparates keineswegs Beweise gegen den sozialistischen Charakter eines Staates, wie wir uns auch von der Vorstellung freihalten müssen, daß sich die Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überall und sofort in einen hohen Lebensstandard der breiten Massen übersetzen werde. Wir wissen, daß dies weder in der Sowjetunion, noch in China, noch in Jugoslawien der Fall ist, daß dies auch gar nicht der Fall sein kann, nicht nur weil die durch äußere und innere Umstände (Vorhandensein feindlicher Klassenelemente aus der vorrevolutionären Zeit) bedingte Aufrechterhaltung eines weitverzweigten, kostspieligen staatlichen Repressionsapparates einen beachtlichen Teil des gesellschaftlich angeeigneten Mehrwertes verzehrt, sondern vor allem auch weil von diesem noch ein sehr großer Teil für die Entwicklung der Produktivkräfte (zum Beispiel industrielle Investitionen) abgezweigt werden muß, die gerade in jenen Ländern, in welchen die Beseitigung des privatkapitalistischen Regimes geglückt ist, besonders unterentwickelt waren. Die Anhänger der sozialistischen Bewegung, die vielleicht infolge einer manchmal etwas zu sehr vergrößerten und simplifizierten Agitation von der Verstaatlichung der Produktionsmittel unter allen Umständen eine sofort fühlbare Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen und ein Aufhören der Klassengesellschaft erhofft haben und durch die andersgeartete Wirklichkeit in der Sowjetunion, in Jugoslawien und nun auch in China enttäuscht worden sind, können sich nicht nachhaltig genug ins Gedächtnis zurückrufen, was Friedrich Engels in seiner «Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft» mit vollem Recht festgestellt hat:

«Denn nur in dem Falle, daß die Produktions- oder Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, daß also die Verstaatlichung ökonomisch unabweisbar geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst.»

Und bezüglich des Zusammenhangs von Klasseneinteilung und Entwicklung der Produktivkräfte:

«Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notdürftigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrzahl der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, so lange teilt sich diese Gesellschaft notwendig in Klassen. Neben der ausschließlich der Arbeit frönenden großen Mehrheit

bildet sich eine von direkt-produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaften, Künste usw. Es ist also das Gesetz der Arbeitsteilung, das der Klassenteilung zugrunde liegt. Aber das hindert nicht, daß diese Einteilung in Klassen nicht durch Gewalt und Raub, List und Betrug durchgesetzt worden und daß die herrschende Klasse, einmal im Sattel, nie verfehlt hat, ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse zu befestigen und die gesellschaftliche Leitung umzuwandeln in gesteigerte Ausbeutung der Massen. Aber wenn hiernach die Einteilung in Klassen eine gewisse geschichtliche Berechtigung hat, so hat sie eine solche doch nur für einen gegebenen Zeitraum, für gegebene gesellschaftliche Bedingungen. Sie gründete sich auf die Unzulänglichkeit der Produktion: sie wird weggefegt werden durch die volle Entfaltung der modernen Produktivkräfte. Und in der Tat hat die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen zur Voraussetzung einen geschichtlichen Entwicklungsgrad, auf dem das Bestehen nicht bloß dieser oder jener bestimmten herrschenden Klasse, sondern einer herrschenden Klasse überhaupt, also des Klassenunterschiedes selbst, ein Anachronismus geworden, veraltet ist. Sie hat also zur Voraussetzung einen Höhegrad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und Produkte und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere Gesellschaftsklasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist.»

Es läßt sich nun nicht behaupten, daß die Ostländer in ihrer Wirtschaft der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen, daß sie ökonomisch reif für den Sozialismus waren, daß der Gesamtertrag ihrer Produktion so reich ist, wie dies als Voraussetzung für ein Aufhören der Klassengesellschaft gelten muß. Im Gegenteil. Die Machtergreifung der Arbeiterklasse und die Verwirklichung von deren unvermeidlich sozialistischen Klassenideologie waren und sind dort viel mehr eine politische und gesamtgesellschaftliche, als eine eigentlich ökonomische Notwendigkeit. Was daher Engels über die Gesellschaft sagt, in der die Gesamtarbeit aller gerade die Bedürfnisse der Gesamtheit einigermaßen deckt, gilt für alle diese Länder, einschließlich Jugoslawiens als unabweisbare Folge ihrer ökonomischen Unterentwickeltheit. Wenn wir aber ein Staatsgebilde der Übergangszeit doch als sozialistisch charakterisieren wollen, auch wenn die Verstaatlichung der Produktionsmittel unter der Herrschaft der Arbeiterklasse für diese noch keineswegs eine entscheidende Verbesserung ihres Lebensstandards ergibt, zu schweigen von dem Verschwinden der Klassen, so wird immerhin ein nachdrückliches Streben zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen in einem wirklich sozialistischen Staat auch während der schwierigen Übergangsjahre festzustellen sein, genau so wie ein solcher Staat von chauvinistischen, rassistischen und aggressiv-expansionistischen Tendenzen frei ist.

Grenzen der Demokratie

Herrschaft des Volkes, das seine Beschlüsse mit Mehrheit faßt, Herrschaft der Volksmehrheit also, kann als die einfachste Definition der Demokratie gelten. Aus vielfacher historischer Erfahrung müssen wir heute noch hinzufügen, daß die Demokratie darüber hinaus einen genügenden Spielraum für die freie Bildung des Mehrheitswillens voraussetzt, daß der Minderheit eine gewisse Bewegungsfreiheit gesichert, ihr Recht geschützt, ihre Chance, eines Tages zur Mehrheit zu werden, gewahrt bleibt. Wo ein Mehrheitsbeschluß unweigerlich von der Liquidation oder geistigen Selbstaufgabe der unterlegenen Minderheit begleitet wird, erscheint die Verwendung des Terminus Demokratie als verwirrender Mißbrauch. Andererseits ist die streng durchgeführte Gewaltentrennung, insbesondere zwischen Legislative und Exekutive, zwar ein Charakteristikum der bürgerlichen Demokratien unseres Zeitalters, muß aber nicht als eine unerläßliche Eigenschaft der Demokratie überhaupt bezeichnet werden. Bei allen sogenannten Volksdemokratien ist diese Gewaltentrennung zum mindesten an der Basis, bei den dörflichen, stadtquartierlichen Volksausschüssen oder, wie diese Organe sonst heißen mögen, stark verwischt, oft ganz aufgehoben, ohne daß sich daraus allein schon ein durchschlagendes Argument für den eigentlich undemokratischen Charakter eines solchen Regimes gewinnen ließe. Nicht der Verzicht auf die Gewalttrennung, sondern ganz andere Ursachen haben in einer Reihe von Volksdemokratien zu einer offensichtlichen Degeneration der Demokratie an sich geführt. Wir werden uns bei allen Betrachtungen über den Grad demokratischer Reinheit des jugoslawischen Regimes stets bewußt bleiben müssen, daß es eine sozusagen chemisch reine Demokratie weder im Osten noch im Westen gibt, daß es auch in der okzidentalen Welt nicht an Staaten mangelt, die, wie Westdeutschland, Portugal, die Türkei, Griechenland, offiziell den demokratischen Nationen zugehört werden, obwohl der demokratische Charakter ihres inneren Regimes in vielen Fällen äußerst anfechtbar ist. Die Gleichsetzung der bestehenden bürgerlichen Demokratien aller Art mit der Demokratie überhaupt ist ein oft geübtes ideologisches Taschenspielerkunststück, auf das hereinzufallen aber Marxisten und Arbeiterklasse keinen Grund haben. Die Grenze zwischen Demokratie und autoritärem, diktatorischem Regieren einer Klasse oder ihrer Protagonisten erscheint in der heutigen Welt oft genug nach dieser oder jener Seite verwischt, ohne daß sich immer leicht feststellen ließe, wann und wo die Quantität undemokratischer Schönheitsfehler eines Regimes dialektisch in die Qualität des Un- oder Antidemokratischen umschlägt. Deswegen und weil überhaupt alles im Fluß ist,

weil wir nicht in einer statistischen, sondern in einer dynamischen, sich entwickelnden Welt leben, erscheint uns die Feststellung der Richtung, in die ein Regime treibt, ob hin zur Demokratie oder weg von ihr, aufschlußreicher für die Erfassung seines Wesens zu sein als die exakte Umschreibung des Punktes, an welchem es im Gang seiner Entwicklung gerade angelangt ist.

Sozialismus in Jugoslawien

Betrachten wir die jugoslawische Wirklichkeit an Hand dieser Kriterien, so ist zunächst festzustellen, daß nach der Machtergreifung durch die von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens geführten Volksmassen die *Verstaatlichung der Produktionsmittel* in weitgehendem Ausmaß durchgeführt worden ist. Sie ist total in Bergbau und Industrie, im Verkehrswesen und im Großhandel. Der Detailhandel ist weitgehend nationalisiert, doch bestehen hier noch einige Kleinbetriebe auf privatkapitalistischer Basis weiter. Ein wenig umfangreicher ist der private Sektor im Kleinhandwerk, wo er dem genossenschaftlichen zur Seite tritt. Anders liegen die Dinge bei der Landwirtschaft. 75 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche unterstehen noch dem Regime des klein- und mittelbäuerlichen Privateigentums. Staatsgüter und Agrargenossenschaften mit kollektivem Bodenbesitz sowie Ertragsverteilung entsprechend der Arbeitsleistung der einzelnen Genossenschaftler und nicht nach dem von ihnen in die Genossenschaft eingebrachten Bodenbesitzanteil verfügen nur über 25 Prozent des bebauten Bodens. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion an der nationalen Gesamtproduktion betrug nun vor dem Kriege 55 Prozent und soll 1951 zu Ende des ersten Fünfjahresplanes ungeachtet seiner mengen- und wertmäßigen Ausdehnung infolge der noch sehr viel stärker gesteigerten Industrieproduktion auf 36 Prozent zurückgehen. Da drei Viertel der Landwirtschaft auch heute noch auf privatkapitalistischer Basis und unter dem Regime des Privateigentums am Boden und den bäuerlichen Produktionsmitteln arbeiten, kommen wir unter Einrechnung der Privatbetriebe in Kleinhandel und Kleinhandwerk zu einem maximalen Sektor der Privatwirtschaft von 30 Prozent der gesamten nationalen Produktion. So groß bleibt der private Sektor selbst nach den Planziffern. In Wirklichkeit dürfte der sozialistische Sektor unter dem vorgesehenen 70-Prozent-Anteil an der Gesamtproduktion bleiben, da der Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion und die in seiner Folge von dieser und ihren Satellitenländern über Jugoslawien verhängte Wirtschaftsblockade die Entwicklung der Industrie hier und dort gestört und verlangsamt haben.

Behält also der private Sektor vorerst ein nicht zu unterschätzendes Gewicht, so muß andererseits der Schlüsselcharakter der verstaatlichten Wirtschaftszweige unterstrichen werden, da mit ihrer Hilfe doch auch eine bedeutsame Einflußnahme und indirekte Lenkung des privaten Sektors in der Landwirtschaft möglich ist. Dieser bedarf der von den nationalisierten Betrieben hergestellten Industrieprodukte und vor allem der verstaatlichten Energieerzeugung und der Verkehrsmittel. Diese, Kohle, Strom, Gas, Eisen, Stahl, Zement, bilden die wirtschaftlichen Atouts des Staates in der inneren Lenkung der Wirtschaft, soweit sie auf rein ökonomischem Wege erfolgt. Die Kollektivisierung der Landwirtschaft, gegen die sich bei den Bauern mancherlei Widerstände gezeigt haben, ist vorerst abgebremst, so daß sich an dem heute bestehenden Kräfteverhältnis zwischen Privat- und Kollektivwirtschaft auf dem Lande nicht viel ändern dürfte. Immerhin kann gesagt werden, daß sich, auf den Durchschnitt des ganzen Landes berechnet, auch heute schon der sozialistische Sektor der Wirtschaft auf ungefähr 60 Prozent beläuft. Doch bestehen bezüglich dieses Prozentverhältnisses große Unterschiede zwischen den einzelnen Republiken. Während Mazedonien und Montenegro in ihrer Wirtschaft als nahezu vollständig kollektivisiert gelten dürfen und in Serbien, Slowenien und Bosnien der sozialistische Sektor bedeutend überwiegt, nimmt er in Kroatien einen sehr viel geringeren Raum ein, da dort die Agrarkollektivisierung nicht viel über 5 Prozent des bebauten Bodens hinausgekommen ist und in der Gesamtwirtschaft Kroatiens mit seinen fruchtbaren slawonischen Ebenen die Landwirtschaft eine sehr gewichtige Rolle spielt.

So viel über die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln. Was die *Betriebsform* anbetrifft, so ist sie auch in der Industrie im wesentlichen kapitalistisch, das heißt sie beruht auf Mehrwert erzeugender Lohnarbeit. Es muß aber sofort gesagt werden, daß der so erzeugte Mehrwert nicht einfach in die Staatskasse fließt und von einer zentralisierten Bürokratie verwaltet wird. Vielmehr erfolgt bereits an der Basis, in den einzelnen Betrieben eine bedeutende Abschöpfung zugunsten der verschiedenartigsten unmittelbaren sozialen Leistungen an die Betriebsbelegschaft und ihre Familien. Über die Verwertung dieser abgezweigten Sozialfonds im einzelnen entscheidet die Belegschaft, und in dieser Hinsicht ist das neue im Frühsommer erlassene Gesetz über die Arbeiterräte von besonderer Wichtigkeit. Es sichert diese Verfügungsrechte der Betriebsarbeiterschaft und garantiert ihr darüber hinaus einen recht bedeutenden Einfluß auf die Führung des Betriebes selber. Die beiden Kollektivorgane, denen der Direktor einer Fabrik Rechenschaft schuldig ist (neben seiner Verantwortlichkeit gegenüber den ihm übergeordneten wirtschaftlichen und staatlichen Instanzen), der Arbeiterrat und der

Verwaltungsausschuß müssen in ihrer Mehrheit aus unmittelbar im Betrieb tätigen Arbeitern bestehen, werden von der Belegschaft auf Jahresfrist gewählt, können beim Versagen auch früher abberufen werden und haben heute bei allen für die Arbeit des Betriebes wichtigen Fragen ein entscheidendes Wort mitzureden. Diese demokratische Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiterschaft ist bereits heute so weit vorgetrieben, als dies die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes nur irgendwie gestatten. Sie bleibt nicht bei der Einzelfabrik stehen, sondern greift schon jetzt auf die regionalen Wirtschaftsverbände der einzelnen Produktionszweige über. Bei allem, bei der Aufstellung der Produktionspläne, bei der Verteilung der Arbeit, bei der Festsetzung der Arbeitsnorm, welche die Grundlage der Lohnzahlung ist, haben die Arbeitervertreter mitzureden und mitzubestimmen. Sie haben auch gegenüber den staatlichen Instanzen das Antragsrecht auf Abberufung ungeeigneter Direktoren. Eine Omnipotenz der Fabrik- und Trustdirektoren gibt es also in Jugoslawien nicht. Im Zuge der allgemeinen Dezentralisierung, welche heute in Jugoslawien in Gang gekommen ist und nicht nur die reine Verwaltung, sondern besonders das Wirtschaftsleben betrifft, wo sie zum Beispiel sogar auch auf die Außenhandelsbeziehungen übergreift, stellt das Gesetz über die Arbeiterräte eine wichtige Etappe dar, ein Stück Wirtschaftsdemokratie in echt sozialistischem Geist. Wie die übrigen Dezentralisierungsmaßnahmen dient es nicht zuletzt dem Kampf gegen die Gefahr einer neuen Klassenbildung, die sich aus den Gründen, welche wir oben mit den Worten von Friedrich Engels auseinandergesetzt haben, vielleicht nicht ganz verhindern läßt, die aber einzuschränken eine Aufgabe jeder echt sozialistischen Wachsamkeit bildet. Diese Gefahr besteht am stärksten dort, wo eine zentralistische Bürokratie unkontrolliert oder nur schwer kontrollierbar über den von der ganzen Gesellschaft erzeugten Mehrwert verfügen kann. Gerade hier aber wird heute in Jugoslawien ein Riegel vorgeschoben.

Versucht so Jugoslawien die an sich noch unvermeidliche Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsform mit Lohnarbeit und Mehrwerterzeugung, über die, nebenbei bemerkt, auch die Sowjetunion nebst den andern Volksdemokratien auf Grund ihrer wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit im Moment des Übergangs zum Sozialismus bis heute nicht hinausgekommen ist, im Gegensatz zu diesen durch eine weitgehend dezentralisierte Mehrwertabschöpfung im unmittelbaren Interesse der Arbeiterschaft und in steigendem Maße unter deren eigener Verantwortung auf eine Umstellung zu wirklich sozialistischer Produktionsweise hinzulenken, also eine Erstarrung in einer Art Staatskapitalismus zu verhüten, so gibt es darüber hinaus sogar

einige interessante Ansätze zur Sprengung der kapitalistischen Produktionsform. Wir erblicken sie am stärksten in der freiwillig geleisteten gesellschaftlichen Arbeit, die aus sozialistischem Geist der Verantwortung gegenüber dem Allgemeinschicksal und im Dienste von Kollektivinteressen als unentlohnte Arbeit geleistet wird. Im Rahmen des jugoslawischen Fünfjahresplanes und des Wieder- und Neuaufbaus des Landes kam und kommt dieser freiwilligen gesellschaftlichen Arbeit bereits eine sehr große wirtschaftliche Bedeutung zu. Wer das Land bereist, stößt immer wieder auf bedeutende Anlagen, die mit Hilfe dieser freiwilligen Arbeit errichtet werden konnten. Eine Reihe von Bahnlinien, die neue Autostraße Belgrad—Zagreb, die Werkzeugmaschinenfabrik in Scheljesnik bei Belgrad, die Studentenwohnstätte in Belgrad, Zagreb, Ljubiana, der größte Teil der Bauten von Neu-Belgrad, die in jeder größeren Stadt bestehenden Kinderdörfer der Pioniere und noch vieles andere ist das stolze Ergebnis dieser freiwilligen Arbeit. Sie erstreckt sich aber nicht nur auf Großbauten, sondern erfaßt auch eine Fülle kleinerer Objekte vom Bau eines Kinos, einer Sportanlage oder einer Kinderkrippe bis zur Ausbesserung einer Straße im Wohnviertel irgendeiner jugoslawischen Stadt. Immer sind die Objekte dieser freiwilligen Arbeit so gewählt, daß ihnen ein kollektives Interesse zugrunde liegt. Bei den kleineren Objekten handelt es sich zumeist um Anlagen, deren Erstellung in erster Linie dem Kollektiv zugute kommt, welches sie in freiwilliger Arbeit gebaut hat. Die Bewohner eines Dorfes, eines Stadtquartiers und ihre Kinder sind die unmittelbaren Nutznießer der so entstandenen Sportplätze, Schulen, Kindergärten, Kinos, Kulturhäuser, Bibliotheken, die Anwohner einer sanierungsbedürftigen Straße erleichtern sich deren vor allem für sie wichtigen Gebrauch, indem sie in gemeinsamer freiwilliger Arbeit die nötigen Ausbesserungen durchführen¹. Die Belegschaft eines Betriebes, die Beamten einer Verwaltungsstelle bauen gemeinsam in freiwilliger Arbeit ihre neuen Wohnsiedlungen oder Ferienheime. Dieser freiwilligen gesellschaftlichen Arbeit ist es in erster Linie zu danken, wenn der in dem Fünfjahresplan forcierte Ausbau der Basisindustrien des Landes nicht zu einseitiger Verzerrung seiner sozialen Struktur geführt hat, sondern von dem erforderlichen gleichzeitigen Ausbau einer Fülle von sozialen und kulturellen Einrichtungen begleitet werden konnte. Bei den Großbauten wurden die Jugendorganisationen eingesetzt, bei denen die Bereitschaft zu umfangreicher freiwilliger Arbeit sich aus ihrer schon bemerkenswert verfestigten sozialistischen Grundgesinnung ergab. So stellt die freiwillige gesellschaftliche Arbeit, bezüglich deren Leistung kein

¹ Durch ähnliche freiwillige Arbeit ist seinerzeit ein großer Teil des Strandbades der Gemeinde Arbon erstellt worden. Red.

gesetzlicher Zwang besteht, deren Unterlassung infolgedessen auch keine Strafe nach sich zieht, die dem sie Ausführenden unmittelbar keinen Lohn, mittelbar aber eine Reihe von gesellschaftlichen Vorteilen und Nutzungsmöglichkeiten an allerhand Gütern einbringt, die zum Teil unter einem unleugbaren starken moralischen Druck auf diejenigen Bevölkerungsschichten, welche ihr ablehnend gegenüberstanden, eingeführt wurde, heute ein wesentliches Element des sozialistischen Jugoslawiens dar. Sie ist in ihren materiellen Voraussetzungen undenkbar ohne die vorangegangene weitgehende Verstaatlichung der Wirtschaft, ohne die Verfügungswelt des Staates über die Produktionsmittel und Rohstoffe, sie ist aber gleichzeitig ebenso sehr ein Anhaltspunkt zur Schaffung einer neuen sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmoral. Für die Jugend Jugoslawiens ist sie erfreulicherweise bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden; die ältere Generation opfert im Jahresdurchschnitt wenigstens 100 bis 200 Arbeitsstunden, wobei zu bemerken ist, daß diese freiwillige Arbeit durchaus nicht immer Bauarbeit ist, sondern namentlich von älteren Leuten auch mit allerlei anderer Tätigkeit, Aufsicht in Kindergärten, Schulen, Hilfe bei der Essensverteilung in den Großkantinen usw. abgeleistet wird. Mittels ihrer wird in einem nicht unbeträchtlichen Sektor der Wirtschaft dank der vorhergegangenen Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch die kapitalistische Erzeugungsweise überwunden, es geht nicht mehr um die Erzeugung von Mehrwert, um die Herauswirtschaftung einer Rendite, sondern die unmittelbare Befriedigung kollektiver Bedürfnisse der Gesellschaft; die Bereicherung des sozialen und kulturellen Lebens ist das Arbeitsziel. Damit stellt sie auch die stärkste Waffe des sozialistischen Jugoslawiens gegen die dauernde Reproduktion des kapitalistischen Denkens dar, welche angesichts des Weiterbestehens eines 30- bis 40prozentigen privatwirtschaftlichen Sektors und auch im Hinblick auf den noch sehr geringen zeitlichen Abstand von der Revolution vorerst innerhalb der jugoslawischen Gesellschaft ungeachtet der weitgehenden Nationalisierung der Produktionsmittel unvermeidlicherweise noch stattfindet. Aufklärung, Erziehung, theoretische Arbeit, Propaganda und Agitation suchen ihr von allen Seiten her entgegenzuwirken, werden dabei aber an Effekt von der freiwilligen gesellschaftlichen Arbeit übertroffen. Heute mit Rücksicht auf die durch die Dürreperiode verursachte Krise der Lebensmittelversorgung etwas gebremst, wird sie in dem Augenblick wieder voll aufgenommen werden und ihre segensreiche sozialistische Erziehungswirkung entfalten können, in welchem eine gesicherte bessere Ernährung des Volkes dafür sorgt, daß sie nicht zu einer bedenklicheren Auspumpung der Volkskraft führt. Wenn sie bisher in Jugoslawien so gut eingeschlagen hat und wenn dort die Heraus-

bildung einer sozialistischen Wirtschaftsgesinnung schnellere Fortschritte gemacht hat als in den andern Volksdemokratien, so ist dies allerdings auch durch eine nationale Besonderheit Jugoslawiens mit verursacht, die nicht übersehen werden darf. Weite Landesteile Jugoslawiens kannten nämlich noch bis in unser Jahrhundert hinein, vor allem auf dem Land, die primitiv-kommunistische Dorfgemeinschaft. Was einst in Deutschland die alte Markgenossenschaft war, präsentierte sich bei den Südslawen als die *Zadruga*². Friedrich Engels schon hat sie in seinem «Ursprung der Familie» eingehend beschrieben und hat bereits bei dieser Gelegenheit ihren streng demokratischen Charakter hervorgehoben. Auch aus andern Quellen sind wir über die alte *Zadruga* der Südslawen unterrichtet, und wenn hier nicht der Platz ist, ihre sippen- und familienrechtlichen Eigenheiten darzustellen, so muß doch gesagt werden, daß sich diese kommunistischen Sippengemeinschaften und Sippenwirtschaften der Südslawen stest durch ihren antiautoritären Charakter ausgezeichnet haben. Der Sippenälteste, der die gemeinsame Wirtschaft der Sippe leitete, verfügte über nur sehr beschränkte Rechte. Die Summe, über welche er von dem gemeinsamen Eigentum im Gemeininteresse disponieren durfte, war sehr gering. Über alle größeren Transaktionen, Ein- und Verkäufe mußte er vor ihrer Durchführung der *Zadruga* berichten und ihre Genehmigung einholen. Alle Sippenmitglieder konnten frei über derartige Angelegenheiten in der Versammlung der *Zadruga* diskutieren, auch die weiblichen. Die *Zadruga* stellte also eine primitiv sozialistisch-kommunistische Wirtschaftseinheit mit streng demokratischem inneren Reglement dar und erzog bei ihren Mitgliedern unvermeidlich ein gewisses sozialistisch-demokratisches Bewußtsein. Bedeutsam ist nun, daß in Serbien die *Zadrugas* auf dem Land bis zum Ende der Türkenherrschaft bestanden, in Altserbien also bis etwa 1880, in Neuserbien und Mazedonien bis zum Balkankrieg von 1912. Das gleiche gilt für Teile von Montenegro und den alten Sandschak-Novipazar, auch in Bosnien sind die *Zadrugas* später verschwunden als in andern Landesteilen. Wer um die Hartnäckigkeit und Zählebigkeit überkommener Vorstellungen und Gebräuche, namentlich bei der ländlichen Bevölkerung, weiß, kann ermessen, wie sehr das Vorhandensein solcher sozialistisch-demokratischer Traditionen die Umstellung auf das neue Regime erleichtert hat. Dieses hat übrigens aus der Situation geschickt Nutzen zu ziehen gewußt, die neuen Genossenschaften der Bauern und Handwerker führen den Namen «*Zadruga*» und knüpfen so bewußt an die alten Traditionen an, obwohl sie ihrem wirtschaftlichen Inhalt nach natürlich etwas ganz anderes darstellen als die einstigen *Zadrugas*.

² Der *Zadruga* entsprach in Rußland etwa die Dorfgemeinschaft des *Mir*. Red.

Die Volksdemokratie in Jugoslawien

Wenn wir nun im weiteren den demokratischen Charakter des jugoslawischen Regimes einer Prüfung unterziehen, so kommen wir dabei angesichts der engen Verflechtung von Staat und Wirtschaft um einige Wiederholungen nicht herum. Der Geist der alten Zadrugademokratie, von dem wir soeben gesprochen haben, ist nicht nur in die neuen Genossenschaften eingezogen, sondern ebenso sehr in die Volksausschüsse und andern politischen Organisationen. Auch die Betriebsdemokratie, welche jetzt durch das Gesetz über die Arbeiterräte geschaffen wurde, wirkt auf den demokratischen Gesamtcharakter der jugoslawischen Gesellschaft unvermeidlich zurück. Im wesentlichen ist Jugoslawien politisch nach dem Typ der Volksdemokratien organisiert, die Struktur des Staates ist zudem streng föderalistisch. Die sechs Republiken sind in einem Oberhaus ohne Rücksicht auf ihre Größe und Bevölkerungszahl in gleicher Stärke vertreten wie die schweizerischen Kantone im Ständerat. Das Parlament wird von allen erwachsenen Staatsbürgern nach dem gleichen, allgemeinen, geheimen Wahlrecht gewählt, ebenso die Volksausschüsse, welche an der Peripherie der Macht und Verwaltung Legislative und Exekutive in sich vereinen. Es herrscht das Einparteiensystem, die Volksfront steht unter der unbestrittenen Führung der Kommunistischen Partei. Die Opposition kann vorerst ihre Ablehnung der einzigen Volksfrontliste bei den Wahlen nur durch Abgabe von Neinstimmen zum Ausdruck bringen, aber keine eigenen Gegenlisten aufstellen. Das Neinsagen führt aber zu keinen staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Wir haben unter anderm auch das mittelmittelkroatische Bauernzentrum Jastrebarsko besucht, das bei den letzten Wahlen mit einem Rekord von Neinstimmen eine sehr starke oppositionelle Minderheit erkennen ließ, und fanden dort eine völlig normale Situation. Man hat der Bevölkerung, die überwiegend aus selbständigen, noch nicht vergenossenschafteten Bauern besteht, ihre oppositionelle Kundgebung in keiner Weise übelgenommen. Die freie Bildung des Volkswillens ist natürlich infolge des Fehlens einer parteimäßig organisierten Opposition nicht vollauf gesichert. Doch ist dem Einwand offizieller jugoslawischer Persönlichkeiten, daß heute die Zulassung einer oppositionellen Partei noch nicht möglich sei, daß sie bei dem internationalen Kampf um Jugoslawien fast unvermeidlich zu einer Partei des Auslandes werden müßte und damit gar nicht die Funktionen einer streng nationalen Opposition ausüben könne, schwer zu begegnen. Eine spätere Auflockerung des Einparteiensystemes wird in gewissen Belgrader Kreisen schon heute wenigstens theoretisch ins Auge gefaßt. So bietet das kommunistische Einheitsparteiensystem der jugoslawischen

Volksdemokratie in manchem noch einen gewissen diktatorischen Aspekt, zumal die Kommunistische Partei Jugoslawiens den Prozeß ihrer marxistischen Umerziehung von einer Kominformpartei zu einer echt sozialistischen noch nicht ganz abgeschlossen hat, wovon die von Zeit zu Zeit immer noch notwendig werdenden Maßregelungen einzelner Kominformisten in der Partei eine Vorstellung geben. Bei ändern wirkt einfach die alte Routine noch weiter, und es wird wohl einige Zeit dauern, bis sich bei allen der neue Geist durchgesetzt hat. Schließlich dürfen wir auch nicht vergessen, daß die wichtigsten staatlichen Einrichtungen des neuen Jugoslawiens noch in der Zeit vor dem Konflikt mit der Kominform geschaffen wurden und dies zum Teil recht deutlich widerspiegeln. Die erforderliche Umstellung, welche eine demokratische Weiterentwicklung aller dieser Institutionen garantieren soll, ist aber im Gang, wenn auch noch nicht auf allen Gebieten abgeschlossen. Die fortschreitende Dezentralisierung, die jetzt erfolgte Aufhebung aller Versorgungsprivilegien für die dirigierende Schicht, die saubere Lösung des Problems der nationalen Minderheiten belegen deutlich, daß die Umformung im Gange ist und daß die bestehenden Institutionen mit demokratischem Geist erfüllt werden. Dafür zeugt auch die Tatsache, daß die politische Diskussion im Lande frei ist; es gibt mündliche und schriftliche Kritik an den Behörden, wobei aber so wenig wie etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in der Schweiz an den Grundlagen von Staat und Gesellschaft gerüttelt werden darf. ([?] Red.) Handelt es sich bei all diesem um bereits spürbare Realisationen der Demokratie, so sind die in Gang gekommenen Debatten über das Absterben des Staates vorerst noch theoretischen Charakters und damit Zukunftsmusik. Immerhin ist kennzeichnend, wie ernst die alten marxistischen Lehren über das Absterben des Staates nach der revolutionären Machtergreifung der Arbeiterklasse in Jugoslawien genommen werden, was Karl Marx in seinem 18. Brumaire über das *baldige* Absterben des Staates als Unterdrückungsapparat gesagt und was Lenin in «Staat und Revolution» in Bekräftigung dieser Marx-Lehren geschrieben hat, wird in Jugoslawien heute immer mehr zur offiziellen Parteidoktrin. Das Gesetz über die Arbeiterräte, die Dezentralisierung, die Beschneidung der Privilegien der Staatsbürokratie, all das wird heute mit dieser Theorie begründet und als erster Schritt auf dem Wege zu ihrer Verwirklichung präsentiert. Gewiß, von einem Abbau des eigentlichen staatlichen Machtapparates, von Polizei und Militär, kann noch keine Rede sein. Weder der erreichte Grad der inneren Entwicklung noch die internationale Lage erlauben dies. Aber der sich immer entschiedener kundgebende Wille, eine Entwicklungsrichtung einzuschlagen, welche so bald wie nur irgend möglich zum Absterben des Staates führt, ist

ein wertvolles Unterpfand für die demokratische Weiterentwicklung Jugoslawiens. An den Kriterien des Sozialismus und der Demokratie gemessen, erweist sich dieses also als ein auf dem Wege zum Vollsozialismus befindlicher Staat, der heute bereits eine Reihe von Realisationen eindeutig sozialistischen Charakters aufweist und sie unentwegt auszubauen bestrebt ist. Zugleich kann gesagt werden, daß es in der jugoslawischen Volksdemokratie heute schon unzweifelhaft mehr wahre Demokratie gibt als in jeder andern Volksdemokratie und daß sich der durch die Revolution geschaffene volksdemokratische Rahmen hier immer mehr mit echtem demokratischem Geist füllt.

Die geschichtlichen Wurzeln des Tito-Regimes

Das Gegenwartsbild des jugoslawischen Staates, seiner Institutionen und seiner Wirtschaft ist aber nicht voll verständlich, wenn wir uns nicht seiner geschichtlichen Wurzeln erinnern und uns vor allem vor Augen halten, daß das heutige Jugoslawien aus dem Kampf der Partisanen um Tito gegen die faschistischen Fremdherrscher im Lande und ihre kollaborationistischen landesverräterischen Agenten unter der alten Bourgeoisie hervorgegangen ist. Die Institutionen der jugoslawischen Volksdemokratie sind unmittelbar im Kriege, hinter der Front der Partisanenarmeen geschaffen worden, um die von diesen befreiten Landesteile zu verwalten und zur Fortsetzung des nationalen Widerstandes zu organisieren. Die jugoslawische Revolution ist so in Form einer zum großen Krieg herangewachsenen Guerilla und des erbitterten Kampfes gegen ausländische Bedrücker und ihre inländischen Helfershelfer durchgeführt worden, unter ganz andern Bedingungen also als seinerzeit die Oktoberrevolution in Rußland. Für jeden Marxisten ist es klar, daß diese Verschiedenheit in der gesellschaftlichen Realität auch zu einem verschiedenen politischen Bewußtsein in Moskau und Belgrad führen muß. Diese Verschiedenheit ist in den ersten Kriegsjahren durch die Verbrüderungsstimmung unter den slawischen Partnern der großen Allianz gegen den deutschen Raubfaschismus sowie durch gewisse Gemeinsamkeiten der kommunistischen Ideologie überdeckt worden. Aber sie mußte einmal in Erscheinung treten, und der Konflikt zwischen der Kominform und Jugoslawien liegt in den historischen Ereignissen begründet. Jugoslawien hat sich im wesentlichen aus eigener Kraft vom Joch Hitlers befreit, das schließliche Erscheinen der Roten Armee brachte zwar die freudig begrüßte Beschleunigung der Befreiung verschiedener noch nicht unter der Herrschaft der Partisanen stehenden Landesteile, aber ihr Anteil an der Befreiung des Landes war doch nur

sehr gering. Der unter den ungünstigsten Bedingungen begonnene und siegreich zu Ende geführte Befreiungskampf erfüllte die Völker Jugoslawiens verständlicherweise mit großem nationalem Stolz. Weniger als die andern slawischen Völker, welche ihre Befreiung aus den Händen der Roten Armee entgegenzunehmen hatten, waren sie geneigt, sich den Diktaten aus Moskau zu fügen und die von dort kommenden Lehren und Deklarationen unbesehen hinzunehmen. Bald empfanden sie den Abstand zwischen der sozialistischen Theorie und der Moskauer Praxis bitter und fühlten sich nicht ohne Grund von den Russen ausgebeutet. Die Führung des neuen Jugoslawiens ihrerseits war in dem Partisanenkrieg zu einer engen Einheit zusammengeschweißt worden. Der Versuch, diese Einheit mit durchtriebenen Intrigen zu zersetzen, mußte scheitern und scheiterte. Die nationale Bindung war in allen Gremien der eng mit dem Volk verwachsenen Kommunistischen Partei Jugoslawiens zu groß, als daß sie eine andere Politik treiben konnte und wollte als jene, welche den nationalen Interessen des Landes entsprach und sich an die im nationalen Rahmen möglichen Gegebenheiten hielt. Nachdem die Sowjetunion der Schaffung einer jugoslawischen Schwerindustrie mit Rücksicht auf die Gesamtplanung seiner Satellitenstaaten widerstrebte und den jugoslawischen Sozialismus durch eine forcierte Kollektivisierung der Landwirtschaft zu sichern verlangte, kam es zum Bruch. Tito wußte sehr gut, daß sich die Kollektivisierung der Landwirtschaft in Jugoslawien nicht in dem von den Russen gewünschten Tempo forcieren ließ. Die russischen Bauern mögen gegenüber der Oktoberrevolution, die mit den Losungen «Land und Friede» zu ihnen kam, also die Erfüllung langersehnter Wünsche brachte, eine Art Dankbarkeitsgefühl empfunden haben, das ihnen erleichterte, in den ihnen sicher auch sauer vorkommenden Apfel der Agrarkollektivisierung zu beißen. Auch war dort der bäuerliche Besitzinstinkt nicht so fest eingewurzelt wie etwa in Jugoslawien, das in einzelnen seiner Landesteile seit Generationen ein freies Bauerntum kennt, während die russischen Bauern in ihrer Mehrheit erst durch die Revolution selbst zu Landeigentum kamen. Dazu kommt, daß Tito und die jugoslawischen Kommunisten nicht mit der Gabe von Land und Frieden an die Bauern herantreten konnten, sondern zunächst an sie nur Forderungen zu stellen hatten, sie gewinnen mußten für den Partisanenkrieg, der nichts einbrachte als Gefahren und Opfer an Gut und Blut. Die Stellung der jugoslawischen Bauernschaft war so von Anfang an gegenüber den Kommunisten eine andere, stärkere; die Kommunisten sahen sich in ihrem Aktionsprogramm genötigt, das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden unterhalb einer gewissen Besitzgröße anzuerkennen, und sie wußten, daß auf Grund der besonderen Situationen des Landes diese An-

erkennung durchaus ernst genommen werden und strikte eingehalten werden mußte. So lag die Wurzel zum Konflikt mit der Kominform in dem verschiedenen Charakter der Revolutionen in Rußland und Jugoslawien und in der Tatsache, daß es den jugoslawischen Kommunisten ihrerseits gelungen war, ihre Revolution siegreich zu Ende zu führen. Die Sowjetunion war von diesem Augenblick an nicht mehr das einzige Land, welches seine Revolution durchgeführt hatte, sie war damit auch nicht mehr die einzige revolutionäre Autorität. Das Selbstbewußtsein der erfolgreichen jugoslawischen Revolutionäre erhob sich zur Kritik an den von Moskau aus dekretierten Maßnahmen. Diese geschichtlichen Wurzeln des Konflikts mit der Kominform und der Folgen, welche er für die Weiterentwicklung Jugoslawiens als eines von der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten völlig unabhängigen sozialistischen Staates gebracht hat, geben auch die Antwort auf die manchmal gestellte, nicht sehr gescheite Frage, ob dieser Konflikt nicht nur ein Bluff sei, inszeniert, um amerikanische Dollars und Investitionsgüter zu angeln und dann nach Hereinbringung der Beute wieder ins Lager der Kominform abzumarschieren. Ganz abgesehen davon, daß Tito und seine Mitarbeiter sehr genau wissen, daß es für sie ein Zurück nicht mehr gibt, daß für sie jede Annäherung an die Sowjetunion unweigerlich in Sibirien oder auf dem Schafott endet; viel wichtiger als solche rein persönliche Überlegungen ist eben die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer verschiedenartigen Entwicklung auf Grund des verschiedenen Charakters der Revolution in beiden Ländern. Sie ist übrigens auch die marxistische Basis der in Belgrad gehegten Hoffnungen, daß man sich in nicht zu ferner Zukunft mit dem kommunistischen China gut verständigen werde und daß dieses ebenfalls zu einer unabhängigeren Stellung gegenüber Moskau gelangen werde, denn die Geburt des kommunistischen Regimes in China aus einem jahrelangen Volkskrieg heraus weist stärkere Parallelen mit der jugoslawischen Revolution auf als mit der Oktoberrevolution in Rußland.

Ausblick in die Zukunft

Solche Überlegungen spielen heute in Belgrad eine um so größere Rolle, als auf die Dauer Jugoslawien nicht als sozialistischer Staat allein bleiben kann. Nachdem Belgrad auch der Sowjetunion im Zuge der vor einigen Monaten begonnenen ideologischen Gegenoffensive den sauberen sozialistischen Charakter aberkennt und bestenfalls von einem imperialistisch und bürokratisch degenerierten Sozialismus spricht, präsentiert es sich als der eigentlich einzige sozialistische Staat zwischen den beiden großen Blocks.

Damit wird die Frage nach der Möglichkeit des Sozialismus in einem einzigen Lande wieder einmal gestellt. Wir wollen hier nicht die alte grundsätzliche Diskussion über diese Frage noch einmal wiederholen, sondern begnügen uns mit der auf den Fall Jugoslawien zugespitzten Feststellung, daß, wenn auch ein Übergangsregime sich eine gewisse Zeit erhalten und entwickeln läßt, eine Entwicklung zum Vollsozialismus in einem so kleinen Land schon aus rein wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen erscheint, denn die Erzielung eines so reichlichen Produktionsertrages, daß damit wirklich alle Konsumgüter im Überfluß vorhanden sind und die Voraussetzung für das Verschwinden der dann auch überflüssig gewordenen Gesellschaftsklassen erfüllt ist, verlangt eine Entwicklung der Produktivkräfte in einem Ausmaß, welches ein Land von der Größe Jugoslawiens nie erreichen kann. Solange es isoliert bleibt, kann es bestenfalls einen Übergangszustand aufrechterhalten und weiterentwickeln, zum Vollsozialismus kann es nur im Rahmen der Zusammenarbeit, einer ehrlichen und nicht durch Hegemoniestreben einer Großmacht verfälschten Zusammenarbeit mehrerer sozialistischer Staaten gelangen. Darum auch in Belgrad der sehnsüchtige Blick nach China und das Warten auf das Fortschreiten der Entwicklung zum Sozialismus in andern Ländern.

Jugoslawien und die Weltarbeiterbewegung

Nachdem wir Jugoslawien an Hand der dafür aufgestellten Kriterien als einen sich in Richtung zum Sozialismus entwickelnden und bereits eine beträchtliche Zahl aner kennenswerter sozialistischer Realisationen aufweisenden Staat erkannt haben, der zugleich das Bestreben zeigt, seine revolutionär geschaffenen Institutionen in steigendem Maße mit demokratischem Gehalt zu erfüllen und der im Augenblick unabhängig zwischen den beiden großen Mächteblocks steht, ergibt sich als letzte Frage, welche Konsequenzen die Arbeiterbewegung in allen Ländern und die Marxisten aus dieser Erkenntnis zu ziehen haben. Ihnen liefert Jugoslawien die Bestätigung dafür, daß es durchaus verschiedene Wege zum Sozialismus gibt, daß jedes Volk entsprechend seinen Möglichkeiten und seiner besonderen Situation seinen eigenen Weg zum Sozialismus gehen muß und daß es ein antimarxistisches Verbrechen am Sozialismus und an der Arbeiterklasse ist, wenn ein Land versucht, einem andern seine Methoden des Sozialismus mit Gewalt von außen aufzuzwingen. Die Belebung der theoretischen Arbeit in der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung ist neben dieser Erkenntnis eine weitere wertvolle Gabe, die sich aus dem Geschehen in Jugoslawien ableitet, von Belgrad

durchaus ermuntert wird, und zwar einfach mit dem eigenen Beispiel und von der wir heute schon in der französischen, deutschen, spanischen und italienischen Arbeiterbewegung hoffnungsvolle Ansätze beobachten können. Umgekehrt aber verpflichtet die Anerkennung Jugoslawiens als eines unabhängigen, sozialistisch-demokratischen Staates die internationale Arbeiterklasse zur Solidarität gegenüber diesem Lande und seinen Arbeitern, eine Solidarität, welche in dreifacher Weise geübt werden kann und muß: als moralische Solidarität mit der Verteidigung Jugoslawiens gegen die Lügenflut, mit der Reaktion und Kominform gemeinsam über dieses Land herfallen, als materielle Solidarität der Nothilfe bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Jugoslawien aus dem Bruch mit der Kominform und aus der Mißernte dieses Jahres erwachsen sind und an deren Beseitigung die Arbeiter aller Länder eigentlich viel mehr interessiert sind als die amerikanischen Bankiers, und als aktive politische Solidarität, die in der Intensivierung des eigenen Kampfes um das sozialistische Ziel zum Ausdruck kommt und mit seinem Erfolg das beste ist, was die Arbeiter für die kühnen Vorkämpfer des Sozialismus an Donau und Save tun können.

MASCHA OETTLI

Liberalistische oder organisierte «Liberalisierung» des Handels?

In ihrer Oktobersession 1950 haben die eidgenössischen Räte den Anschluß unseres Landes an die Europäische Zahlungsunion (EZU) beschlossen. Die Schweiz hat damit zwei Verpflichtungen übernommen: Erstens teilzunehmen an der Regelung der Zahlungsüberschüsse und -defizite, die im europäischen Handel entstehen, und zweitens – wie die andern europäischen Staaten – 60 Prozent ihrer Einfuhr zu «liberalisieren», wie der Fachausdruck heißt, also von jeder mengenmäßigen Beschränkung, von *Kontingentierungen* zu befreien.

Auf die Vorgeschichte dieser neuen Regelung sei hier nur kurz hingewiesen: Durch den Krieg sind nicht nur zahlreiche Produktionsstätten zerstört worden, mindestens ebenso schwere Störungen erlitt der internationale Handel. Während jedoch die Produktion sich in den einzelnen Ländern er-